

Allgemeine Geschäftsbedingungen zum Nachunternehmervertrag (AGB-NU)

1. Abfallentsorgung

Der Nachunternehmer (NU) ist gehalten, Abfälle zu vermeiden, Abfälle stofflich zu verwerten oder zur Gewinnung von Energie zu nutzen sowie Abfälle zur Wahrung des Allgemeinwohls zu beseitigen, wenn sie nicht auf andere Weise verwertet werden können.

Insbesondere ist der NU verpflichtet, seine Abfälle arbeitstäglich und ordnungsgemäß nach den gesetzlichen Vorschriften zu entsorgen. Entsorgung in diesem Sinne bedeutet sowohl die Verwertung als auch die Beseitigung von Abfällen. VOB/C DIN 18299 Abschnitt 4.1.12 bleibt unberührt.

2. Arbeitnehmereinsatz

2.1. Handlungspflichten

2.1.1. Der NU erklärt verbindlich, dass er und ggf. von ihm beauftragte Nachunternehmer zur Erfüllung dieses Werkvertrags ausschließlich Mitarbeiter einsetzen, die weder Arbeitsgenehmigung-EU noch Aufenthaltstitel benötigen oder im Besitz einer gültigen und Doka vorzulegenden deutschen Arbeitsgenehmigung-EU sind oder im Besitz eines gültigen und Doka vorzulegenden deutschen Aufenthaltstitels mit Genehmigung zur Aufnahme einer Beschäftigung sind

2.1.2. Bei Unternehmenssitz im Ausland ist der NU verpflichtet, für alle seine Arbeitnehmer die Anmeldung nach § 18 des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes mit allen dort geforderten Angaben durchzuführen und Doka unaufgefordert eine Kopie vorzulegen. Die Anmeldung hat zu erfolgen bei der zuständigen Behörde der Zollverwaltung oder falls der NU diese nicht feststellen kann, bei der Abteilung Finanzkontrolle Schwarzarbeit bei der Oberfinanzdirektion Köln, Neusser Straße 159, 50733 Köln, Telefax: +49 221 196 48 70, Telefax: +49 221 37993. In diesen Fällen ist der NU weiterhin verpflichtet, Doka spätestens bei Arbeitsbeginn Anzahl, Namen und Tätigkeitsdauer der zum Einsatz kommenden Arbeitnehmer zu benennen und Doka die erforderlichen Arbeitsgenehmigungen-EU oder Aufenthaltstitel mit Genehmigung zur Aufnahme einer Beschäftigung für die Arbeitnehmer des NU und auch für Arbeitnehmer der vom NU beauftragten Nachunternehmer vorzulegen und Doka Änderungen unverzüglich mitzuteilen und dafür zu sorgen, dass sämtliche vom NU und dessen Nachunternehmern auf der Baustelle eingesetzten Mitarbeiter den Sozialversicherungsausweis bzw. Sozialversicherungsersatzausweis sowie einen Personalausweis oder ein vergleichbares Dokument (zum Beispiel den Reisepass) mit Lichtbild bei sich führen. Doka ist berechtigt, die Ausweise unmittelbar bei den Beschäftigten zu kontrollieren.

2.2. Mindestlohngesetz, Arbeitnehmerentsendegesetz, Sozialgesetzbuch

2.2.1. Zahlungspflichten und Dokumentationspflichten

Der NU verpflichtet sich, seinen Arbeitnehmern wenigstens einen Mindestlohn in Höhe der verbindlichen deutschen Bestimmungen des Arbeitnehmerentsendegesetzes und der allgemeinverbindlichen Tarifverträge sowie des Mindestlohngesetzes zu zahlen.

Der NU verpflichtet sich, Urlaubskassenbeiträge nach den verbindlichen deutschen Bestimmungen des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes und der allgemeinverbindlichen Tarifverträge zu zahlen oder falls die deutschen Sozialkassen des Baugewerbes (SOKA-BAU) das Unternehmen von der Verpflichtung zur Teilnahme am deutschen Urlaubskassenverfahren befreit haben, die nach den Regelungen der vergleichbaren ausländischen Einrichtung vorgeschriebenen Beiträge zu zahlen.

Der NU verpflichtet sich Gesamtsocialversicherungsbeiträge insbesondere nach § 28e des Vierten Buches Sozialgesetzbuch (SGB IV) und gesetzliche Unfallversicherungsbeiträge insbesondere nach § 150 Abs. 1 des Siebten Buches Sozialgesetzbuch (SGB VII) zu zahlen oder bei Sitz in einem anderen EWR-Staat oder der Schweiz und vorgelegter Entsendebescheinigung A-1 Beiträge gemäß den Sozialvorschriften des Herkunftsstaates zu zahlen oder bei Sitz in einem Drittstaat, mit dem ein Sozialversicherungsabkommen besteht, die nach den Sozialvorschriften des Drittstaates vorgeschriebenen Beiträge zu zahlen.

Der NU verpflichtet sich, die Lohnunterlagen und die Beitragsabrechnung so zu gestalten, dass eine Zuordnung der Arbeitnehmer, des Arbeitsentgelts, der Arbeitsstunden und des darauf entfallenden Gesamtsocialversicherungsbeitrags oder entsprechender Sozialbeiträge des zuständigen EWR-Staats oder Drittstaats zu dem mit Doka geschlossenen Vertrag möglich ist (§ 28f Abs. 1a SGB IV, § 165 Abs. 4 SGB VII).

Der NU verpflichtet sich, seine Nachunternehmer ausdrücklich zur Einhaltung der vorstehenden Regelungen sowie zur Weitergabe dieser Verpflichtung an etwaige weitere Nachunternehmer zu verpflichten und die entsprechenden schriftlichen Erklärungen Doka vorzulegen.

2.2.2. Auskunftspflichten und Ermächtigungen

Der NU verpflichtet sich, Doka bei Sozialversicherungspflicht in Deutschland spätestens bei Arbeitsbeginn Unbedenklichkeitsbescheinigungen der Einzugsstellen der Sozialversicherungsträger vorzulegen, die spätestens nach Ablauf von 3 Kalendermonaten oder bei einem Wechsel der Arbeitnehmer erneuert bzw. angepasst werden müssen. Das Gleiche gilt hinsichtlich der vom NU ggf. eingesetzten Nachunternehmer bzw. deren Nachunternehmern.

Doka verweist auf die bestehenden Auskunftspflichten gegenüber den Einzugsstellen der Sozialversicherungsträger (z.B. § 28e Abs. 3c SGB IV).

Der NU weist Doka spätestens bis zum 16. eines jeden Folgemonats die in Ziff. 2.2.1 AGB-NU angesprochenen Zahlungen der Urlaubskassenbeiträge und der Gesamtsocialversicherungsbeiträge bzw. gleichgestellter Beiträge nach.

Der NU ermächtigt Doka, Auskünfte über die Zahlung der Urlaubskassenbeiträge bei den deutschen Sozialkassen des Baugewerbes (SOKA-BAU) einzuholen.

Der NU ermächtigt Doka, Auskünfte bei den deutschen Sozialversicherungsträgern, deren Einzugsstellen oder den zuständigen Stellen eines anderen EWR-Staates oder Drittstaates über die Zahlung der Sozialversicherungsbeiträge einzuholen.

Der NU bestätigt Doka, vom zu zahlenden Mindestlohn keine weiteren als die gesetzlich vorge-schriebenen Abzüge und Einbehalte vorgenommen zu haben und vorzunehmen.

Der NU legt Doka monatlich eine von jedem eingesetzten Arbeitnehmer einzeln unterschriebene Erklärung zum Erhalt des Mindestlohnes vor.

Der NU ermächtigt Doka, die vorgenannte Erklärung bei Zweifeln - vorbehaltlich einer Zustimmung der betroffenen Arbeitnehmer - auch unmittelbar von den eingesetzten Arbeitnehmern zu verlangen.

2.3. Freistellungspflichten

Der NU stellt Doka von sämtlichen Ansprüchen frei, die gegen Doka wegen Verletzung der in den Ziff. 2.1. AGB-NU und Ziff. 2.2. AGB-NU genannten Verpflichtungen des NU durch Dritte erhoben werden, insbesondere von Haftungsansprüchen gemäß § 28e Abs. 3a SGB IV wegen ausstehender Sozialversicherungsbeiträge und/oder gemäß § 150 Abs. 3 SGB VII wegen ausstehender Unfallversicherungsbeiträge und/oder wegen ausstehender Urlaubskassenbeiträge; gemäß § 14 des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes wegen Verstoßes des NU gegen Bestimmungen des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes oder des Mindestlohngesetzes, d. h. wegen Mindestlohnzahlung und/oder Ansprüchen auf bezahlten Mindesturlaub der Arbeitnehmer des NU; aus dem Gesetz zur Eindämmung der illegalen Betätigung im Baugewerbe vom 30.08.2001 wegen Verletzung der Verpflichtungen durch den NU oder dessen Nachunternehmer.

Bbeauftragt der NU weitere Unternehmen mit einem Teil der Leistung (Nach-Nachunternehmer), stellt der NU Doka auch insoweit von Ansprüchen Dritter frei, als diese aufgrund von Pflichtverletzungen und/oder Gesetzesverstößen der Nach-Nachunternehmer des NU gegen Doka geltend gemacht werden. Bei der Beauftragung weiterer Nachunternehmer erstreckt sich die Freistellungsverpflichtung auf sämtliche innerhalb der Nachunternehmerkette tätigen Unternehmen.

2.4. Vertragsstrafe bei Verstößen gegen Ziff. 2.1. AGB-NU und Ziff. 2.2. AGB-NU

2.4.1. Die Parteien vereinbaren für jeden schuldhaften Verstoß des NU gegen die in Ziff. 2.1. AGB-NU und Ziff. 2.2. AGB-NU geregelten Verpflichtungen eine Vertragsstrafe in Höhe von 0,2 % der Brutto-Auftragssumme je Verstoß. Die Geltendmachung weiterer Schadenersatzansprüche bleibt vorbehalten. Der Höchstbetrag aller Vertragsstrafen aus diesem Vertrag beträgt 5 % der Gesamt-Abrechnungssumme ohne Umsatzsteuer. Ausgenommen von den vorstehenden Regelungen unter Ziff. 2.4.1 AGB-NU sind Verstöße des NU gegen Pflichten aus Ziff. 2.1.1 AGB-NU oder Zahlungspflichten aus Ziff. 2.2.1 AGB-NU, für die jeweils nur nachfolgende Ziff. 2.4.2 AGB-NU gilt.

2.4.2. Für jeden Fall schuldhafter Zuwiderhandlung gegen seine Pflichten aus Ziff. 2.1.1. AGB-NU oder seine Zahlungspflichten aus Ziff. 2.2.1. AGB-NU bzw. verpflichtet sich der NU zur Zahlung einer Vertragsstrafe in Höhe von Euro 2.500,00 pro betroffenen Mitarbeiter. Die Geltendmachung weitergehender Schadenersatzansprüche bleibt vorbehalten. Der Höchstbetrag aller Vertragsstrafen aus diesem Vertrag beträgt 5 % der Gesamt-Abrechnungssumme ohne Umsatzsteuer.

3. Kündigung / Rücktritt

3.1. Für die Kündigung des Auftraggebers gilt § 8 VOB/B sowie die folgenden Regelungen unter Ziff. 3.1 und 3.2 AGB-NU. Verzugsbedingte Teilkündigungen sind auch für nicht in sich abgeschlossene Leistungen zulässig.

3.2. Darüber hinaus kann Doka den Vertrag aus wichtigem Grund kündigen, wenn: der NU trotz schriftlicher Aufforderung mit angemessener Fristsetzung und Androhung der Kündigung seinen Verpflichtungen Ziff. 2.1.2. AGB-NU bzw. Ziff. 2.2.2. Absatz 1 AGB-NU nicht nachkommt, der NU schuldhaft gegen seine Pflichten aus Ziff. 2.1.1. AGB-NU und/oder seine Zahlungspflichten aus Ziff. 2.2.1. AGB-NU verstößt, jeweils bei Erfolglosigkeit einer angemessenen Nachfristsetzung mit Kündigungsandrohung, wenn Doka im Zusammenhang mit einem anderen Vertrag mit dem NU auf Zahlung des Mindestlohns oder wegen bezahlten Urlaubs gemäß § 14 des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes oder ausstehender Sozialbeiträge nach § 28e Abs. 3a SGB IV oder Beiträge zur Unfallversicherung nach § 150 Abs. 3 SGB VII oder Urlaubskassenbeiträge in Anspruch genommen wird, der NU Mängel der von ihm erbrachten Leistungen trotz angemessener Nachfristsetzung mit Kündigungsandrohung nicht beseitigt; dies gilt auch vor Abnahme und mit der Maßgabe, dass eine Teilkündigung auch für nicht in sich abgeschlossene Leistungen zulässig ist.

4. Sicherheitsleistung

4.1. Bürgschaft für Vertragserfüllung

Der NU hat Doka – soweit vereinbart – zur Sicherung der Ansprüche auf ordnungs- und termingerechte Ausführung der Vertragsleistung, einschließlich Mängelansprüchen bis zum Zeitpunkt der Abnahme und Schadenersatz sowie zur Sicherung der vertraglichen Zahlungs-, Auskunfts- und Freistellungsverpflichtungen aus Ziff. 2.2 bis 2.4 AGB-NU vor Beginn der Ausführung eine unbefristete, unwiderrufliche und selbstschuldnerische Bürgschaft eines im Europäischen Wirtschaftsraum zugelassenen Kreditinstituts oder Kreditversicherers in Höhe von 10 % der Brutto-Auftragssumme zu übergeben. Die Bürgschaft muss den Verzicht auf die Einreden der Anfechtbarkeit und der Vorausklage gemäß § 770 Abs. 1, § 771 BGB und den Verzicht auf die Einrede der Aufrechenbarkeit gemäß § 770 Abs. 2 BGB, soweit die Forderungen nicht unbestritten und rechtskräftig festgestellt sind, enthalten. Der Bürge muss München als alleinigen Gerichtsstand akzeptieren. Die Rückgabe der Bürgschaft regelt § 17 Nr. 8 Abs. 1 VOB/B.

4.2. Bürgschaft für Mängelansprüche und Regressansprüche

Der NU hat Doka – soweit vereinbart – zur Sicherung der nach Abnahme bestehenden Mängelansprüche, Schadenersatzansprüche wegen Mängeln und Ansprüche auf Erstattung von Überzahlungen sowie zur Sicherung der vertraglichen Zahlungs-, Auskunfts- und Freistellungsverpflichtungen aus Ziff. 2.2 bis 2.4 AGB-NU nach Abnahme eine unbefristete, unwiderrufliche und selbstschuldnerische Bürgschaft eines im Europäischen Wirtschaftsraum zugelassenen Kreditinstituts oder Kreditversicherers in Höhe von 5 % der Brutto-Abrechnungssumme zu übergeben. Die Bürgschaft muss den Verzicht auf die Einreden der Anfechtbarkeit und der Vorausklage gemäß § 770 Abs. 1, § 771 BGB und den Verzicht auf die Einrede der Aufrechenbarkeit gemäß § 770 Abs. 2 BGB, soweit die Forderungen nicht unbestritten oder rechtskräftig festgestellt sind, enthalten. Solange die Bürgschaft nicht übergeben wurde, ist Doka berechtigt, 5 % der Brutto-Abrechnungssumme einzubehalten. Der Bürge muss München als alleinigen Gerichtsstand akzeptieren. Die Rückgabe der Bürgschaft erfolgt nach Ablauf der Verjährungsfrist für Mängelansprüche. Soweit zu diesem Zeitpunkt bereits geltend gemachte Ansprüche des Auftraggebers noch nicht erfüllt sind, die durch die Bürgschaft gesichert sind, darf der Auftraggeber die Bürgschaft insoweit zurückhalten und verwerten.

5. Zeichnungen, andere Unterlagen, Zugang von Erklärungen, Gerichtsstand

Zeichnungen, Skizzen und Muster, die dem Arbeitnehmer überlassen sind, bleiben – auch geistiges – Eigentum des Arbeitgebers und dürfen nur für die vertraglich vereinbarten Zwecke verwendet und Dritten nur hierfür zugänglich gemacht werden.

Durch die Zustimmung des Arbeitgebers zu Zeichnungen, Berechnungen und sonstigen technischen Unterlagen wird die alleinige Verantwortung des Arbeitnehmers für seine Lieferungen oder Leistungen nicht berührt, ebenso wenig durch die Freigabe solcher Unterlagen.

Der Arbeitnehmer ist verpflichtet, Doka von jeder Inanspruchnahme Dritter aufgrund von Schutzrechtsverletzungen durch die Nutzung der Leistung freizustellen.

Per Telefax versandte Schreiben gelten als zugegangen, wenn ein vom Sendegerät sofort nach Versendung erstellter Sendebericht vorliegt, aus dem die erste Seite des Schreibens und die Zahl der versandten Seiten ersichtlich sind.

Gerichtsstand ist nur München.

6. Vertraulichkeitsvereinbarung

6.1. Gegenstand der Vereinbarung

Um die Tätigkeit des NU zu ermöglichen oder zu erleichtern, ist es möglich, dass der Auftraggeber, selbst oder durch Dritte, dem Auftragnehmer verschiedene vertrauliche Informationen offenlegt bzw. dem Auftragnehmer eine Zugriffsmöglichkeit hierauf eröffnet oder der Auftragnehmer sonst Kenntnis von vertraulichen Informationen erhält.

6.2. Vertrauliche Informationen

Vertrauliche Informationen sind sämtliche Informationen, Unterlagen und Materialien, die der Auftraggeber dem Auftragnehmer direkt oder indirekt selbst oder durch Dritte zugänglich gemacht hat. Das Zugänglichmachen kann in beliebiger Form erfolgen, beispielsweise, aber nicht abschließend, schriftlich, elektronisch, mündlich oder durch Möglichkeit der Kenntnisnahme. Als vertrauliche Informationen im Sinne dieser Vereinbarung gelten auch sämtliche Kopien vertraulicher Informationen, Notizen oder Protokolle über vertrauliche Informationen und sonstige vertraulichen Informationen, unabhängig davon, wer diese angefertigt hat. Dies räumt jedoch dem Auftragnehmer keinerlei Anspruch auf Zugänglichmachung vertraulicher Informationen ein.

6.3. Personenbezogene Daten

Personenbezogene Daten dürfen nur dann an den Auftragnehmer weitergegeben oder ihm der Zugriff ermöglicht werden, wenn die Parteien hierüber einen gesonderten Vertrag abgeschlossen haben. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, personenbezogene Daten nicht wissentlich anzunehmen bzw. auf diese zuzugreifen und bei unwissentlicher Annahme bzw. unwissentlichem Zugriff diese sofort zurückzugeben bzw. alle Kopien zu löschen, soweit kein gesonderter Vertrag hierzu vorliegt.

6.4. Vertraulichkeits- und Informationspflichten

Der Auftragnehmer verpflichtet sich, alle vertraulichen Informationen streng vertraulich zu behandeln. Er verpflichtet sich insbesondere, die vertraulichen Informationen des Auftraggebers keinem Dritten – direkt oder indirekt, schriftlich, mündlich oder in sonstiger Weise – zugänglich zu machen, sie ausschließlich im Rahmen des Vertrages zu verwenden und alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um Kenntnisnahme und Verwertung der vertraulichen Informationen durch Dritte zu verhindern („Verpflichtung zur Geheimhaltung, Nichtbenutzung und Sicherung“).

Unabhängig von der vorstehenden Verpflichtung wird der Auftragnehmer vertrauliche Informationen schützen. Sofern der Auftragnehmer vertrauliche Informationen außerhalb des Betriebes des Auftraggebers speichert oder aufbewahrt, darf dies nur im Betrieb des Auftragnehmers erfolgen. Abweichungen bedürfen einer schriftlichen Einwilligung des Auftraggebers. Insbesondere ist die Nutzung von Cloud Services zur Speicherung vertraulicher Informationen verboten.

Die vertraulichen Informationen dürfen auch Mitarbeitern, gesetzlichen Vertretern und Gesellschaftern („nahestehenden Personen“) des Auftragnehmers nicht bekannt gegeben werden, außer in dem zur Umsetzung des Vertrages nötigen Umfang und unter der Voraussetzung, dass diese nahestehenden Personen in mindestens gleichem Umfang zur Geheimhaltung und Nichtverwendung der vertraulichen Informationen verpflichtet sind. Der Auftragnehmer steht vollumfänglich dafür ein, dass die Bestimmungen dieser Vereinbarung von seinen nahestehenden Personen beachtet werden und zwar auch nach Beendigung eines etwaigen Vertrags.

Sofern der Auftragnehmer Unterauftragnehmer einsetzen oder vertrauliche Informationen an Dritte (einschließlich verbundener Unternehmen und Unterauftragnehmern) weitergeben will, ist dies nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung des Auftraggebers zulässig.

Der Auftragnehmer verpflichtet sich, den Auftraggeber unverzüglich im Einzelnen zu informieren, wenn vertrauliche Informationen Unbefugten bekannt geworden oder abhandengekommen sind oder ein derartiger Verdacht besteht.

6.5. Herausgabepflichten

Mit Beendigung des Vertrages oder auf Verlangen des Auftraggebers – je nachdem, was früher eintritt – hat der Auftragnehmer dem Auftraggeber unverzüglich alle vertraulichen Informationen sowie sämtliche Kopien hiervon zurückzugeben. Das Eigentum an allen vertraulichen Informationen verbleibt beim Auftraggeber. Eventuelle Kopien vertraulicher Informationen fertigt der Auftragnehmer für den Auftraggeber an, überträgt das Eigentum an den verwendeten Datenträgern an den Auftraggeber und verwahrt die Kopien. Soweit vertrauliche Informationen auf Datenträgern Dritter gespeichert sind, sind diese zu löschen und die Löschung dem Auftraggeber schriftlich zu bestätigen. Der Auftraggeber ist berechtigt, die Löschung zu überprüfen, es sei denn, dies ist dem Auftragnehmer ausnahmsweise nicht zuzumuten. Eine Löschung kann auch durch Löschung des Schlüssels erfolgen, wenn die Daten mit einem Verschlüsselungsverfahren nach dem Stand der Technik verschlüsselt sind und der Schlüssel nicht rekonstruiert werden kann.

Die Geltendmachung eines Zurückbehaltungsrechts gegen diese Pflichten ist ausgeschlossen.

Gesetzliche Aufbewahrungspflichten bleiben von diesen Pflichten unberührt, wobei die aufzubewahrenden Unterlagen für andere Zwecke zu sperren sind. Der Auftragnehmer hat jede unbefugte Kenntnisnahme zu verhindern und den Auftraggeber unverzüglich von jeder – auch nur beabsichtigten – Kenntnisnahme Dritter zu informieren.

6.6. Vertragsstrafe

Für jeden Fall der schuldhaften Verletzung vorstehender unter Ziffer 6 der AGB-NU geregelter Verpflichtungen durch den Auftragnehmer verpflichtet dieser sich, an den Auftraggeber eine Vertragsstrafe zu zahlen, deren Höhe durch den Auftraggeber nach billigem Ermessen festgelegt wird, Euro 5.000,00 nicht unterschreiten und Euro 100.000,00 nicht überschreiten darf und im Streitfall vom zuständigen Gericht zu überprüfen ist.

Die Vertragsstrafe ist auch dann zu zahlen, wenn der Auftragnehmer für ein schuldhaftes Handeln oder Unterlassen eines Dritten einzustehen hat, unabhängig von einem eigenen Verschulden des Auftragnehmers. Bei der Ausübung des Ermessens ist an Stelle des Verschuldens des Auftragnehmers auf das Verschulden des Dritten abzustellen.

Im Fall von Dauerverstößen gilt jede angefangene Woche einer Verletzung von Verpflichtungen als eigenständiger Verstoß.

Weitergehende Schadenersatzansprüche bleiben unberührt.

Die Entrichtung der Vertragsstrafe befreit den Auftragnehmer nicht von der Pflicht zur Einhaltung der vertraglichen Verpflichtungen.

6.7. Dauer der Verpflichtungen

Der Auftragnehmer verpflichtet sich, hinsichtlich der Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse des Auftraggebers wie z.B. Herstellungsverfahren, Bezugsquellen und Kalkulationen,

auch über das Ende des Vertragsverhältnisses hinaus, alle Verpflichtungen zur Geheimhaltung, Nichtbenutzung und Sicherung gemäß dieser Vereinbarung einzuhalten, nicht an Dritte zu übertragen bzw. Dritten Rechte an ihnen einzuräumen oder Dritten nicht in sonstiger Weise zugänglich zu machen.

7. Informationen zum Datenschutz nach EU-DSGVO

Unser Unternehmen prüft regelmäßig bei Vertragsabschlüssen und in bestimmten Fällen, in denen ein berechtigtes Interesse vorliegt, auch bei Bestandskunden Ihre Bonität. Dazu arbeiten wir mit der Creditreform Boniversum GmbH, Hammfelddamm 13, 41460 Neuss, zusammen, von der wir die dazu benötigten Daten erhalten. Zu diesem Zweck übermitteln wir Ihren Namen und Ihre Kontaktdaten an die Creditreform Boniversum GmbH. Die Informationen gem. Art. 14 der EU Datenschutz-Grundverordnung zu der bei der Creditreform Boniversum GmbH stattfindenden Datenverarbeitung finden Sie hier:

<https://www.boniversum.de/eu-dsgvo/>

Doka Deutschland GmbH

Stand: 27. Mai 2024